

**Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
zum Weltflüchtlingstag 2023 und dem „Marche des Parapluies“ in Mainz**

Wir wollen zu Beginn an zwei Meldungen der vergangenen Tage erinnern:

- UNHCR hat zum Weltflüchtlingstag 2023 bekanntgegeben: Mit fast 109 Mio. Menschen – jeder 75. Mensch auf der Welt – ist die Zahl der Menschen auf der Flucht so hoch wie nie seit Ende des 2. Weltkrieges. Mehr als 19 Mio. Menschen wurden alleine 2022 durch Krieg, Verfolgung und andere Formen der Existenzbedrohung dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Fast 60 Prozent leben innerhalb ihres Herkunftslandes in der Binnenvertreibung. Von denjenigen, die ihr Land verlassen mussten, leben 70 Prozent in den unmittelbaren Nachbarstaaten ihres Herkunftslandes.
- Das UN-Welternährungsprogramm (WFP) hat Mitte vergangener Woche mitgeteilt, dass es seine Lebensmittelhilfen in Syrien wegen fehlender Finanzmittel der internationalen Staatengemeinschaft ab Herbst drastisch kürzen muss. Statt der tatsächlich bedürftigen 5,5 Millionen Menschen kann das WFP demnach künftig nur noch drei Millionen Menschen mit Grundnahrungsmitteln versorgen. Denn derzeit - so das WFP weiter - fehlen ihm Mittel in Höhe von 180 Millionen Dollar, um die aktuellen Hilfen aufrechtzuerhalten. Das WFP kommentiert: *„Statt mit den zunehmenden Bedürfnissen Schritt zu halten oder zuzulegen, befinden wir uns in der traurigen Lage, Menschen Hilfe wegzunehmen, wenn sie sie gerade am meisten brauchen.“*

Und wir wollen – nein: wir müssen - eine Ereigniskette der letzten zwei Wochen noch einmal nachzeichnen:

- Am 8. Juni hat der Europäische Rat mit Zustimmung der Bundesregierung Beschlüsse gefasst, die - wenn sie Wirklichkeit werden – zu Haftlagern an den EU-Außengrenzen und zu Grenzverfahren sowohl an den Außengrenzen als auch in Deutschland führen werden. Sie werden dazu führen, dass ein Großteil der Asylanträge unabhängig von den Fluchtgründen nicht mehr inhaltlich geprüft wird, weil die Zuständigkeit eines sogenannten „sicheren Drittstaats“ unterstellt wird. Zugleich will man die Anforderungen, wann ein Drittstaat für Flüchtende als „sicher“ gilt, auf nahezu Null herabsenken.
- Am 14. Juni sind - eine genaue Zahl kennt man nicht - bis zu 600 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, vor der griechischen Küste im Mittelmeer ertrunken, weil es für sie keine sicheren Fluchtwege gibt – und weil die griechische Küstenwache auf jeden Fall Hilfeleistung unterlassen, möglicherweise sogar durch einen Pushbackversuch die Tragödie mit herbeigeführt hat.
- Am Samstag letzter Woche hat der Grüne Länderrat trotz aller Proteste der Zivilgesellschaft die Zustimmung der Bundesregierung zu den Beschlüssen des Europäischen Rates im Grundsatz abgesegnet. *„Die Grünen“*, so hat die taz zutreffend kommentiert, sind deshalb *„nicht mehr Teil einer Bewegung, die entschlossen für das individuelle Recht auf Asyl streitet. Sie sind ab jetzt mitverantwortlich für das, was an der EU-Außengrenze geschieht.“*

Alles das können und müssen wir als Flüchtlings- und Menschenrechtsinitiativen beklagen und kritisieren. Und gegen alles das müssen wir uns weiter stemmen: im Interesse der Betroffenen, aber auch im Interesse einer Gesellschaft, die nichts mehr zusammenhalten wird, wenn sie den Grundgedanken der Gültigkeit der Menschenrechte für alle endgültig über Bord wirft.

Und wir müssen als Organisationen und Initiativen aus Mainz und Rheinland-Pfalz parallel dazu immer wieder schauen, wo und welche Stellschrauben es jenseits der europäischen und bundeweiten Ebene gibt, an der politisch Verantwortliche auf Landes- und kommunaler Ebene drehen können, um diesen schlimmen Entwicklungen entgegenzuarbeiten.

Drei dieser Stellschrauben auf Landesebene, so unwichtig sie angesichts der Gesamtentwicklung scheinen mögen, wollen wir kurz benennen:

- Die hessische Landesregierung hat in der vorletzten Woche die Aufnahmeanordnung für ein Landesaufnahmeprogramm für bis zu 1.000 Familienangehörige von in Hessen lebenden Afghan*innen beschlossen. Seit dem 15. Juni können im Rahmen des Programms Anträge gestellt werden. Zur Begründung möchten wir aus einer Pressemitteilung der Grünen Fraktion im Hessischen Landtag zitieren:

„Unser Landesaufnahmeprogramm“, so heißt es dort, „setzt auch mit Blick auf die aktuelle europäische Flüchtlingspolitik ein wichtiges Zeichen in schwieriger Zeit. In Europa haben aktuell viele Staaten auf eine restriktive Flüchtlingspolitik gedrängt. Wir können als Bundesrepublik Deutschland nicht erwarten, dass sich unsere Vorstellungen bei den 27 Mitgliedsstaaten der EU immer durchsetzen. Wir können aber in unserem eigenen Verantwortungsbereich Handlungsspielräume nutzen. Auch dazu ist das hessische Aufnahmeprogramm ein Beitrag.“

Wir und viele andere fordern seit langem von der Landesregierung, auch für Rheinland-Pfalz ein solches Programm aufzulegen – bisher ohne Erfolg. Wann, wenn nicht jetzt, wäre der richtige Zeitpunkt dafür? Was Hessen kann, das sollte auch Rheinland-Pfalz können.

- Der Grüne Länderrat hat am Wochenende in seinem Beschluss zur GEAS-Reform auch darauf hingewiesen, dass es unterhalb der europäischen Ebene Handlungsmöglichkeiten zur menschenrechtsorientierten Ausgestaltung der Aufnahme in der Bundesrepublik gibt, die genutzt werden müssen. Ein Beispiel, das der Beschluss konkret benennt, wollen wir zitieren: *„Einen frühzeitigen Zugang zum Gesundheitswesen wollen wir unbürokratisch gewährleisten“,* schreiben die Grünen. Und weiter: *„Solange dies noch nicht erfolgt ist, könnte zunächst an die positiven Erfahrungen einiger Länder angeknüpft werden, die eine Gesundheitskarte für Asylbewerber*innen eingeführt haben.“*

Auch das fordern wir von der rheinland-pfälzischen Landesregierung schon seit langer Zeit: die flächendeckende Einführung einer Gesundheitskarte, die Schutzsuchenden und Geduldeten den vorgeschalteten Weg zum Sozialamt erspart, bevor sie eine oft dringende medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können. Bisher ist das nur in wenigen Landkreisen und kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz der Fall.

Wir nehmen die Grünen und die Grüne Integrationsministerin, die an dem Beschluss des Grünen Länderrates mitgewirkt hat, hier beim Wort und erwarten deshalb, dass die Landesregierung – wie z.B. Schleswig-Holstein das tut – dafür Sorge trägt, dass alle Geflüchteten überall im Land zeitnah eine solche Gesundheitskarte erhalten.

- Die Landesregierung hat sich seit Beginn der Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen - z.B. mit einer ukrainisch-sprachigen Hotline und mit Materialien in ukrainischer Sprache - sehr darum bemüht, ihnen das Ankommen in Rheinland-Pfalz zu erleichtern und ihnen in ihrer Sprache wichtige Informationen zu geben und wichtige Zugänge zu öffnen. Das begrüßen wir sehr.

Zugleich halten wir es im Sinne der Gleichbehandlung für wichtig, auch Geflüchteten aus anderen Herkunftsländern so unterstützend entgegenzutreten – z.B. mit herkunftssprachlichen Informationen über den Zugang zum sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht oder zu den Voraussetzungen für andere Bleiberechtsregelungen.

Mit dem „Haus der Sprachmittlung“ fördert das Integrationsministerium ein Projekt, das geeignet und in Zusammenarbeit mit dem Ministerium und der Zivilgesellschaft dazu in der Lage wäre, solche herkunftssprachlichen Materialien zu erstellen. Für deren Verbreitung könnten neben den Ausländerbehörden auch Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände sowie haupt- und ehrenamtliche Flüchtlingsinitiativen und Unterstützer*innen sorgen. Hierum haben wir das Integrationsministerium in der Vergangenheit bereits mehrfach gebeten. Diese Bitte, besser gesagt Erwartung, erneuern wir heute zum Weltflüchtlingstag 2023.

Kein einziger dieser möglichen kleinen Schritte wird dazu beitragen können, die besorgniserregende Gesamtentwicklung auf europäischer Ebene besser oder erträglicher zu machen. Die Notwendigkeit zum Widerstand hiergegen bleibt!

Aber wir wollen zum Schluss trotzdem noch einmal an die Motivation für das hessische Landesaufnahmeprogramm für Afghanistan erinnern: „*Wir können (zugleich) zugleich in unserer eigenen Verantwortungsbereich Handlungsspielräume nutzen.*“ Dazu wären die drei geforderten Schritte wichtige Beiträge.

gez. Torsten Jäger, Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik